



Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
 Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
 und das obere Enztal

Erkheint täglich, ausgenommen Sam- und Freitags. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. (incl. ins Haus geliefert); durch die Post bezogen im in- und ausländischen Vertriebsmonatlich 1.60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Großdruck Nr. 59 bei der Oberamtspoststelle Neuenbürg, Postamt Wildbad. — Druckerei: C. G. G. & Co., Wildbad; Buchbinder: G. G. G. & Co., Wildbad. — Postfachkonto 20174 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über drei Tagen im Best. 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restzahlung 50 Pf. Nach dem 1. Juli, für Offerten und bei Anzeigenverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme Mittags 9 Uhr vormittags. — In Konkreten Fällen oder wenn persönliche Beiratung notwendig wird, fällt jede Rückschreibung weg. — Prof. Verlag u. Verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 96, Tel. 470. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 133 Fernruf 479 Montag den 12. Juni 1933 Fernruf 479 68. Jahrgang.

Parteiämliche Bekanntgabe

NSK Die Reichsführung des N.S.D.A.P. gibt bekannt:
 Der Führer der N.S.D.A.P., Reichskanzler Adolf Hitler, hat mit Schreiben vom 30. Mai 1933 an den Führer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, Herrn Staatsminister Dr. J e a n t, ausdrücklich bevollmächtigt, alle mit dem Recht verwandten Berufsstände und Amtsträger in der Front des deutschen Rechts, des N.S.D.A.P., in den kommenden ständischen Aufbau überzuführen. Mit dieser Bevollmächtigung ist parteiamtlich wie reichsamtlich den Staatsanwälten, Richtern, Notaren, wie Rechtspflegern, der Weg in den N.S.D.A.P. gewiesen. Alle Anweisungen irgendwelcher Dienststellen, die dieser Anordnung des Führers der NSDAP, zuwiderlaufen, sind somit gegenstandslos. Für die Justizbeamten, gleichgültig, ob diese für sich oder durch ihre Vereinigung den Anschluß an den Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen bereits erklärt haben oder nicht, besteht somit weder Veranlassung noch Verpflichtung, der Justizfachschaft im Beamtenbund beizutreten.
 Das gilt auch für die Pläne der Preussischen Justizverwaltung, wie sie in dem Rundschreiben an die Preussischen Justizbeamten geäußert sind. Die ständige Vertretung der Juristen ist nach dem Willen des Führers ausschließlich der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen.
 Berlin, 8. Juni 1933. Die Reichsführung des Bundes Nationalsoz. Deutscher Juristen.

Tagespiegel

Der Führer der deutschen Delegation auf der Weltwirtschaftskonferenz, Reichsaußenminister Frhr. v. Neurath, traf am Sonntag in London ein.
 Vizekanzler von Papen hielt in der Festigung des kath. Gesellenlages in München eine großangelegte programmatische Rede. Er betonte u. a., die christlichen Bekenntnisse können im neuen Deutschland ihre geselligen Kräfte voll entfalten. Es könnte daher für den deutschen Katholizismus heute nicht mehr den Vorwand geben, er müßte aus Erinnerungen der Kulturkampfzeit heraus sich eine eigene Ausnahmestellung im neuen Reich bauen. Heute sei nur uneingeschränktes Vertrauen am Platze. Der Kanzler, er selbst und alle, die an verantwortlicher Stelle im Reich und in den Ländern stehen, würden Garantien dieses Versprechens sein.
 Der Deutsche Gesellentag in München mußte vorzeitig abgebrochen werden, da es zu zahlreichen Zusammenstößen kam, die durch die trotz des Uniformverbotes in Uniform aufgetretenen Mitglieder der Gesellenvereine hervorgerufen wurden.
 Das „Auctorium für Deutschen Volkswirtschaftsdienst e. V.“ ist zu einer für die ganze deutsche Wirtschaft höchst bedeutsamen Zentralstelle ausgebaut worden. Die Einführung des deutschen Warenzeichens steht bevor.
 Der Deutsche Industrie- und Handelsstag geht sich für eine Senkung der Personentarife der Reichsbahn ein.
 Landtagsabgeordneter Edmund Jorschbach hat seinen Austritt aus der DNVP. erklärt und sich der preussischen Landtagsfraktion der NSDAP. als Hospitant angeschlossen.
 Der sozialdemokratische preussische Landtagsabgeordnete Dr. Hamburger hat sein Mandat niedergelegt.
 Die schleswig-holsteinische Kirchenregierung fordert eine Nachprüfung der Reichsbischofsfrage.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Front ist zur Beratung der politischen Lage für Dienstag, 13. d. M., vormittags 11 Uhr, einberufen worden.

Den Kämpfern der nationalen Verbände, die im Rahmen der Hitlerpende vom Reichslandbund einen kostenlosen Erholungsaufenthalt erhalten, wird von der Reichspost bei der Hin- und Rückfahrt zu ihrem Gastgeber und bei der Rückfahrt mit der Kraftpost eine Fahrgeudemäßigung von 50 Prozent gewährt.

Universitätsprofessor Dr. Martin Spahn, Köln, hat seinen Austritt aus der Deutschnationalen Front erklärt und ist der Bewegung Hitlers beigetreten; ebenso die Führer des Deutschnationalen Kampfrings im Westen, Dr. Gisevius und Studienassessor Flume.

Landesbischof D. Marahrens wurde zum Nachfolger von D. Ihmels im Lutherischen Einigungsamt gewählt.

Der bekannte Gelehrte Ewald Dobb wurde zum neuen amerikanischen Botschafter in Berlin ernannt.

Deutschland ist im Davispokalkampf unterlegen.
 Am 13. Juli findet ein Ehrentag des deutschen Handwerks im Danziger Land statt.

Die österreichischen Hoteliers drückten in einer in ihrer Hauptversammlung am Freitag gehaltenen Entschlieung ihre Unzufriedenheit mit der Bundesregierung aus.

Der englische Schatzkanzler wird am Dienstag im Unterhaus die endgültige Stellungnahme der Regierung zur Frage der am 15. Juni fälligen Quote der englischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten mitteilen.

Bei der Explosion einer amerikanischen Zellulosefabrik wurden 9 Personen getötet, 180 verletzt.

Roosevelts Mahnung an die Schuldner

Die internationale Politik des amerikanischen Präsidenten hat in der letzten Zeit durch starke parlamentarische Widerstände zu leiden. Nach der ersten Begeisterung, die Roosevelt hochgetragen hatte, scheint es jetzt, als ob zwischen ihm und seinen eigenen Parteifreunden, besonders im Senat, beträchtliche Meinungsverschiedenheiten beständen. Nachdem durch das Abgehen vom Goldstandard eine gewisse Belebung der Geschäftstätigkeit eingetreten ist, zeigen sich wieder deutliche Rückfälle in die Inflationsgefahren, die Amerika lange Zeit nur zu einem stillen Vorübergehenden Weltpositiv gemacht hatten. Um endlose parlamentarische Weiterungen zu vermeiden, sah sich Roosevelt genötigt, auf die Kongressermächtigung zum Abschluß von Handelsverträgen zu verzichten. Durch diesen Entschluß wird der bisherige Zustand beibehalten, daß die Vereinigten Staaten bei allen internationalen Verhandlungen eine viel geringere Bewegungsfreiheit besitzen, als die meisten anderen Länder, bei denen die parlamentarische Ratifizierung mehr oder weniger Formsache ist. Ueber allen Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz wird die Frage nach der Haltung des amerikanischen Kongresses und damit eine beträchtliche Ungewissheit schweben. Auch in der Schuldenfrage, die durch den bevorstehenden Termin des 15. Juni wieder akut geworden ist, ohne daß die Probleme des 15. Dezember gelöst worden wären, ist Roosevelt durch innerpolitische Rücksichten gebremst. Die Schwierigkeiten sind innen und außen so gleichmäßig groß, daß die amerikanische Haltung bisher so gut wie passiv war. In England könnten die Gegner weiterer Schuldentilgungen mit Recht darauf hinweisen, daß für Frankreich aus seiner Zahlungsverweigerung keinerlei Nachteile und für England aus seiner Forderung keine Vorteile entstanden sind. Um nicht den Eindruck eines Rechtsverzichts zu lassen, hat Roosevelt an die Schuldnerländer eine Mahnung gerichtet, aus der er offenbar keine weiteren Folgerungen ziehen will. Während England wenigstens über eine formale Zahlung mit Amerika verhandelt, muß es auffallen, daß der französische Ministerpräsident in seiner außenpolitischen Rede das Schuldenproblem überhaupt nicht erwähnt hat. So haben sich vor Beginn der Weltwirtschaftskonferenz statt der erhofften Klärung neue Unklarheiten in den internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen ergeben.

verringerte Abmachung des Warenverkehrs folgen kann. Abmachungen zwischen benachbarten und besonders aufeinander angewiesenen Ländern werden von Deutschland zweifellos begünstigt werden, nachdem sich das System der Weltwirtschaftskonferenz erfahrungsgemäß für Deutschland und wohl auch für manche anderen Länder als unbrauchbar erwiesen hat. Die deutsche Abordnung versucht in London auch eine Verständigung zwischen den hochentwickelten Industrieländern über die unerschlossenen Gebiete herbeizuführen. Daß es an dem guten Willen Deutschlands nicht fehlt, ergibt sich schon aus der schlechten Wirtschaftslage in Mitteleuropa.

Der Kampf um die 40-Stunden-Woche

Genf, 11. Juni. Die Samstagssitzung der Internationalen Arbeitskonferenz beschäftigte sich in allgemeiner Aussprache mit der Einführung der 40stündigen Arbeitswoche in der Industrie. Der Führer der Arbeitgebergruppe, der dänische Delegierte D e r s t e d, erklärte im Namen der ganzen Gruppe mit Ausnahme des italienischen Vertreters, daß die Frage einer internationalen Regelung der 40stündigen Arbeitswoche nach Auffassung der Arbeitgeber nicht spruchreif sei. Auch sei die Verkürzung der Arbeitszeit kein geeignetes Mittel, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. In längerer Ausführungen trat der französische Arbeiterdelegierte J o u h a u g den Ausführungen des Dänen entgegen. Sodann legte im Namen der Reichsregierung Ministerialdirektor Dr. M a n s f e l d den deutschen Standpunkt dar. Er erklärte, daß die deutsche Delegation unter ganz bestimmten Einschränkungen, die er eingehend begründete, bereit sei, positiv an Verhandlungen über eine Verkürzung der Arbeitszeit mitzuarbeiten. Es sei der deutschen Delegation aber nicht möglich, ihre Zustimmung zu einem Abkommen über die 40-Stunden-Woche zu geben, ehe die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz in ihren Grundzügen erkennbar seien. Der deutsche Vertreter stellte in den Vordergrund seiner Ausführungen den Grundgedanken, daß eine wirkliche Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Schäden der Arbeitslosigkeit nur durch Schaffung neuer Arbeitsplätze möglich sei. Er warnte vor übereilten Beschlüssen, ehe die wirtschaftliche Neuordnung nicht, wenigstens in großen Zügen, erkennbar sei. Die Möglichkeiten, durch weitere Verkürzung der Arbeitszeit noch sozial zu helfen, seien im Verhältnis zur Arbeitslosigkeit sehr gering.

Aufruf erlassen, in dem er bittet, die ihrem Wirkungskreis gewaltsam Entzogenen, die heute ohne Einkommen und Obdach dastehen, zu unterstützen. Der Sonderkommissar wendet sich hauptsächlich an diejenigen Stände, die heute noch über ein gesichertes Einkommen verfügen, und bittet jeden, nach seinem besten Können durch die Tat sein Bekenntnis zum großen deutschen Volkstum durch rasche Hilfe zu beweisen. Alle Großfirmen der Industrie und des Handels werden gebeten, in die vorderste Linie der Hilfsfront zu treten. Diesem Aufruf hat sich der Beauftragte der Obersten SA-Führung in Württemberg angeschlossen. Er bittet, Zahlungen auf das Postcheckkonto Nr. 38 447 der SA-Gruppe Südwest, Stuttgart, zu überweisen. Weiter werden durch Sammellisten auch in Württemberg Sammlungen veranstaltet werden.

Gemeinsamer Hirtenbrief der deutschen Bischöfe

Bekanntnis zur neuen Staatsautorität
 Essen, 11. Juni. Die deutschen Bischöfe haben einen gemeinsamen Hirtenbrief erlassen, in dem es u. a. heißt: Wir deutschen Bischöfe sind weit davon entfernt, das nationale Erwachen zu unterschätzen oder gar zu verhindern. Wir deutschen Katholiken brauchen keine neue Einstellung dem Volk und Vaterland gegenüber, sondern sehen höchstens bemüht und betonter fort, was wir bisher schon als unsere natürliche und christliche Pflicht erkannten und erfüllten. Gerade weil, so heißt es in dem Hirtenbrief weiter, in der katholischen Kirche die Autorität ganz besonders zur Geltung komme, falle es dem Katholiken auch keineswegs schwer, die neue starke Betonung der Autorität im neuen deutschen Staatswesen zu würdigen und sich zu unterwerfen. Man dürfe andererseits aber erwarten, daß die staatliche Autorität die menschliche Freiheit nicht mehr beschneide, als es das Gesamtwohl verlange. Der Hirtenbrief begrüßt die Ziele, die die neue Staatsautorität für die Freiheit des deutschen Volks erstrebe. Er verlangt von den Siegernationalen Gerechtigkeit, da sich eine Vergewaltigung und Verkümmern des einzelnen Glieds an der Gesamtheit räche.
 Wir glauben, so erklären die Bischöfe weiter, daß eine Volkseinheit sich nicht nur durch die Blutgleichheit, sondern auch durch die Gesinnungsgleichheit verwirklichen läßt und daß bei der Zugehörigkeit zu einem Staatswesen die ausschließliche Betonung der Rasse des Bluts zu Ungerechtigkeiten führt. Was bisher für jede Volksgemeinschaft galt, daß die Gerechtigkeit die Grundlage aller Volkswohlfahrt sei, muß erst recht bei der Neuordnung des deutschen Volkswesens gelten. Dem politisch nur Andersgesinnten aber wird diese Gerechtigkeit, sofern er aufrichtig entschlossen ist, im neuen Staat ehrlich und opferwillig zu dienen, nicht einem ungewissen Schicksal überlassen, sondern seine Mitarbeit wiederum ermöglichen.
 Ferner tritt der Hirtenbrief für konfessionelle Schule und konfessionelle Lehrerbildung, für Beibehaltung der caritativen Vereinigungen und für eine katholische Presse ein. Wir vertrauen, so heißt es am Schluß, daß die Gerechtigkeit

Das Londoner Programm

Berlin, 11. Juni. Die Hauptfragen, die die Weltwirtschaftskonferenz zu erledigen hat, sind Währungs- und Kreditfragen, Devisenschwierigkeiten, Preisstand, Kapitalumlauf, Verbesserung der Produktionsbedingungen und des „Warenaustausches“, besonders auf dem Gebiete der Zollpolitik, der Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen, der Kontingente und anderer Handelshemmnisse, der Vereinbarungen zwischen den Erzeugern. Von Deutschland begrüßt und unbedingt unterstützt werden die grundsätzlichen Bemerkungen der Sachverständigen, die auf die gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen Verhandlungsgegenstände hinweisen.
 Für Deutschland steht die überragende Bedeutung der Privatverschuldungsfrage fest. Bei den Wirtschaftsfragen dürfte die deutsche Abordnung den Standpunkt vertreten, daß zunächst die Nationalwirtschaften in Ordnung zu bringen sind, worauf die Wie-

Helft den ausgewiesenen Deutschen aus Oesterreich

Der Sonderkommissar der Obersten SA-Führung bei der Regierung von Oberbayern hat anlässlich der Verfolgung vieler Deutscher in Oesterreich und der Tschechoslowakei und ihrer Ausweisung nach Deutschland einen

felt sich nunmehr auch jenen gegenüber großzügig bewährt, die bisher unter den Zusammenbrüchen, Umschaltungen und Ausschaltungen Unzufriedenheiten erlitten und unser innigstes Mitleid verdienen. Wir vertrauen, daß es der Umsicht und Tatkraft der deutschen Führer gelingt, alle jenen Funken zu erlöchen, die man da und dort zu furchtbaren Bränden gegen die katholischen Kirchen anzufachen möchte.

Zusätzliche Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn

Berlin, 10. Juni. Die Aufträge der Reichsbahn aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm 1932 gehen zu Ende. Um eine drohende Verschlechterung des Arbeitsmarktes abzuwenden und darüber hinaus zu einer dringend erwünschten Belebung beizutragen, will die Reichsbahn im Anschluß an das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung durch eine Kreditaufnahme für weitere Aufträge sorgen. Sie steht wegen der Geldbeschaffung in ausschlagsreichen Verhandlungen mit der Reichsbank. Um bei den Eisenindustrien der Reichsbahn bis zum Abschluß dieser Verhandlungen keine größere Lücke eintreten zu lassen, hat die Reichsbahn Beschlossen, Ueberbrückungsbestellungen in Höhe von 50 Millionen Reichsmark hinauszugeben, die auf das demnächst in Kraft tretende Arbeitsbeschaffungsprogramm angerechnet werden. Diese 50 Millionen Reichsmark verteilen sich etwa in folgender Weise: Für die Bestellung von Großlokomotiven 6,2 Mill. RM, von Kleinlokomotiven 3,8 Mill. RM, von Wagen 15 Millionen, von Ersatzteilen und Werkstoffen 10 Millionen, von Werkzeugen und Werkzeugmaschinen 1 Million, von eisernen Oberbaustoffen 9 Millionen und von Brücken- und Stahlbauten 5 Millionen RM.

Starker Rückgang der Streiks

Berlin, 11. Juni. Aus der amtlichen Statistik über die Arbeitskämpfe in Deutschland während des Jahres 1932 ergibt sich, daß, gemessen an der Zahl der verlorenen Arbeitstage, der Umfang der Arbeitskämpfe im Berichtsjahr so gering wie noch in keinem Jahr der Nachkriegszeit gewesen ist. In den 1932 begonnenen Arbeitskämpfen waren 126 900 Arbeiter beteiligt gegen 172 788 im Vorjahr. Insgesamt wurden durch die Streiks 1,1 Millionen Arbeitstage eingebüßt gegenüber 2 Millionen im Vorjahr.

Wie erfolglos diese Arbeitskämpfe im letzten Jahr für die Arbeiterschaft verliefen, ergibt sich aus der amtlichen Feststellung, daß weit über die Hälfte der verlorenen Arbeitstage auf Arbeitskämpfe entfällt, die keinen Erfolg für die Arbeiter brachten, die also im Sinne der Arbeiter ergebnislos abgebrochen werden mußten.

Die kommissarische Betätigung bei Zeitungen

Berlin, 11. Juni. Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda macht alle in Frage kommenden Stellen darauf aufmerksam, daß laut amtlicher Anweisung für kommissarische Betätigung bei Zeitungen und für sonstige Aktionen behördlicher Stellen nach der Gleichschaltung des Reichsverbandes der deutschen Presse und des Vereins deutscher Zeitungsvorleger grundsätzlich kein Raum mehr ist. Diese amtlichen Anweisungen sind unter allen Umständen strikte innezuhalten. Sollten Abweichungen von dieser grundsätzlichen Verfügung — im Einzelfalle die Einsetzung eines Kommissars — erforderlich sein, so ist dem ersten Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse, Reichspresseschef Dr. Fried das Wort, jeweils rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Neue Nachrichten

Der Tag des Roten Kreuzes

Berlin, 11. Juni. Um die Arbeit des Roten Kreuzes durch die Tat zu stärken, fanden am Sonntag unter dem Vorpruch „Die Opfer des Krieges danken dem Roten Kreuz“ in allen Teilen des Reiches schlichte Feiern zum Gedenken an die opferbereite Tätigkeit der Frauen und Männer des Roten Kreuzes statt.

In der Reichshauptstadt, wo die Feiern im Lustgarten stattfanden, richtete der Vorsitzende des Berliner Roten Kreuzes Generalmajor Bender herzliche Begrüßungsworte an die zahlreichen Ehrengäste. Dann ergriff Reichsminister Dr. Fried das Wort. Mit besonderem Stolz, so führte er u. a. aus, dürfen wir feststellen, daß kaum irgendwo der Gedanke des Roten Kreuzes so

tief Wurzeln geschlagen hat wie im deutschen Volk. So gedenken wir heute voller Dank der 100 000 Männer, die im Kriege als Sanitätsmänner ihr Wert geleistet haben, sowie der 92 000 Frauen und Mädchen, die im Kleide des Roten Kreuzes als Schwestern und Helferinnen ihre ganze Kraft einsetzten. Wir freuen uns aber auch der stillen Scharen, die auch heute wieder das Rote Kreuz zur Arbeit bereit hat, der 100 000 ausgebildeten Schwestern vom Roten Kreuz, die ihren Beruf als Krankenpflegerinnen und Fürsorgeschwestern versehen, der 130 000 Sanitätskolonnenmänner, die freiwillig ihre Kraft in den Dienst der Hilfeleistung stellen. — Hierauf marschierten die Teilnehmer zum Ehrenmal, wo Reichsminister Dr. Fried und der Präsident des deutschen Roten Kreuzes Kränze niederlegten.

Bischof von Paderborn vor den Stahlhelmstudenten

Naumburg (Saale), 11. Juni. Bischof von Paderborn sprach heute in Naumburg bei dem Führertreffen der Stahlhelmstudenten über die Aufgabe der studentischen Jugend im Geiste der Generation von Langemarck. Er führte u. a. aus: Wenn die akademische Jugend in Volk und Staat hineinwachsen wollte, so müsse sie sich an den großen Aufgaben der Zeit beteiligen. Er denke vor allem an den Wehrsport und an das Arbeitslager. Das Hauptarbeitsgebiet des jungen Akademikers sei aber ein geistiges. Die nächsten Jahre stellten mit dem Werke der sozialen und staatlichen Erneuerung ungeheure Anforderungen an die geistige Schöpferkraft des deutschen Volkes. Wenn die Langemarckstudenten dem Wahlspruch folgten, den Rottke dem preußischen Generalfeldmarschall gegeben habe: „Mehr sein als scheinen“, dann würden sie mit großer inneren Befriedigung ihren Anteil an dem Ringen um die Seele des neuen Deutschland finden. — Die Reichsführertagung fand in den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und Minister sowie Ergebnis-Telegramme.

Große Stahlhelmskundgebung

Stuttgart, 11. Juni.

In feierlichem Rahmen veranstaltete der Stahlhelm, Gau Stuttgart, am Sonntag vormittag auf dem Karlsplatz einen Feldgottesdienst mit Fahnenweihe und Verpflichtung neuer Mitglieder. Als Gäste waren von der Reichswehr der Artillerieführer V. Generalmajor Brandt, und der Landeskommandant Oberst Höring ferner der Rektor der Techn. Hochschule Prof. Wegel und Vertreter der NSDAP erschienen. Nachdem Generaloberst a. D. Heyne die Front der Stahlhelmskameraden, des Jung-Stahlhelms, der neuen Mitglieder und der Scharnhorst-Jugend abgelesen hatte, spielte die Stahlhelm-Kapelle einen Choral, worauf Stahlhelm-Kreisfarrer Studienrat Sauter über das Lukaswort „Ich bin gekommen, Feuer anzuzünden auf Erden, was wollte ich lieber, es brennte schon“, sprach. Darauf nahm der stellv. Landesführer von Württemberg und Baden und Gauführer von Mittelbaden, Senf-Karlsruhe, die Worte von 7 neuen Stahlhelmsmännern vor. Eine überaus große Zahl von neuen Mitgliedern, die die Probezeit hinter sich haben, konnte der Gauführer von Stuttgart, Kapitänleutnant a. D. Lensch, verpflichten. Die Feier schloß mit dem Deutschland- und dem Horst-Wessel-Lied, sowie mit dem Vorbeimarsch vor Generaloberst Heyne und den Stahlhelmführern und einem Marsch durch die Stadt.

Am Abend zuvor fand im Festsaal der Biederhalle eine gut besuchte Kundgebung mit einem Vortrag von Generaloberst a. D. Heyne über den „Stand der Abrüstung und die wehrpolitische Lage Deutschlands“ statt. Dem Vortrag wohnten auch zahlreiche höhere Reichswehroffiziere bei. Nach Begrüßungsworten des Kapitänleutnants a. D. Lensch nahm Generaloberst Heyne das Wort. Er würdigte die hohe Bedeutung der nationalen Erhebung in Deutschland, wobei er aber die Mahnung aussprach, die neuen Bundesgenossen möchten ruhig bleiben und keine Zwistigkeiten als Schönheitsfehler, die eben in einer solchen gewaltigen Umwälzung sich zeigen, nicht allzu ernst nehmen. Kein Deutscher darf sich dazu hergeben, das nationale Werk zu schädigen oder gar zu sprengen. Das Schwerste steht nämlich Deutschland noch bevor, da die Ketten von Versailles noch nicht gefallen sind. Was noch zu erledigen ist, hängt nicht von Deutschland, sondern von einem Feind ab, der schon seit Jahrhunderten sein erbitterter Gegner ist. Das zeigen die Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz. Bis jetzt ist nichts erreicht. Alles ist nur Schein. Der Biermächepakt gibt uns eine gewisse Ruhezeit, mehr nicht. Wäre er nicht abgeschlossen und wäre nicht die Wertschätzung von Roosevelt gekommen, so hätten wir vielleicht heute schon wieder Ereignisse in Deutschland, die dem Ruhrereinsfall der Franzosen gleichen. Das Schicksal Deutschlands sollte das Schicksal Schlageters sein. Aber der Eudismus von Versailles muß doch gebrochen werden. Nach dem Willen von Foch sollte die deutsche Reichswehr mit der 12-jährigen Dienstpflicht eine un-

fähige Bürgergarde werden. Aber den Geist unserer alten Armee konnte er nicht verbieten und so wurde die Reichswehr, wie die Amerikaner anerkennen, die Lehrtruppe der Welt. Jetzt verlangt Frankreich, daß Deutschland noch weiter abrüstet, während es selber auf dem Umweg über die Völkerverbundarmee gerüstet bleiben will. Der Redner sprach weiter über den Widerstand dieser Forderung sowie über die zwingende Notwendigkeit, den Geist der Wehrhaftigkeit im deutschen Volke zu erhalten.

Vor Einführung der Miliz in Oesterreich

Wien, 11. Juni. Zu der Ankündigung des Bizekanzlers Dr. Binkler, die Einführung des Milizwehres in Oesterreich stehe bevor, erzählt das Wiener Mittagsblatt, ein Organ des Heimatschutzes, daß die Einführung der Miliz bereits im September erfolgen werde. Eine oder mehrere Mitglieder der Heereskommissionen des Auslands würden sich voraussichtlich noch in den Sommermonaten nach Wien begeben, um hier mit der Bundesregierung und dem Heeresministerium über die Formen der allgemeinen Wehrpflicht zu verhandeln.

Schweres Unglück des Taurus-Expres

12 Personen tot, 50 vermißt

Konstantinopel, 11. Juni. Der Taurus-Expres Adana — Angora ist bei Gökishehir entgleist. Die Katastrophe ist hervorgerufen durch Beschädigung des Eisenbahndammes infolge starker Ueberschwemmungen. 3 wölf Reisende sollen getötet sein; 50 werden vermißt; man befürchtet, daß sie ertrunken sind.

Württemberg

Gesetzliche Miete und Mieterschutz

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

In Uebereinstimmung mit anderen Ländern und auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit der Regelung für teure Wohnungen werden mit Wirkung vom 1. Juli 1933 ab die Grenzzahlen für teure Wohnungen weiter herabgesetzt. Danach sind künftig Wohnungen und Geschäftsräume, die mit einer Wohnung verbunden sind, mit einer Friedensmiete von 1000 und mehr Mark in Stuttgart (600 und mehr Mark in den Stadtteilen Feuerbach und Zuffenhausen, 350 und mehr Mark in den Stadtteilen Baisersdorf, Hofen, Münster, Jagenthalten, Mühlhausen und Rottenberg), 600 und mehr Mark in Ulm, Heilbronn, Göttingen, Reutlingen, Tübingen, Göppingen und Ludwigsburg, 500 und mehr Mark in den übrigen Städten mit über 10 000 Einwohnern, 350 und mehr Mark in den übrigen Gemeinden des Landes, vom Mieterschutzgesetz und Reichsmietengesetz ausgenommen.

Kundgebung des Evang. Volksbunds

Der Vorstand des Evang. Volksbunds hat den Kirchenpräsidenten D. Wurm gebeten, den Vorstand des Volksbunds zu übernehmen. Dieser hat der Bitte entsprochen und Dekan Otto (Magold) als seinen Bevollmächtigten mit der vorläufigen Weiterführung des Volksbunds beauftragt. Dekan Otto ist in der Führung der Geschäfte ausschließlich dem Kirchenpräsidenten verantwortlich. Die neue Leitung wendet sich mit einer Kundgebung an die Volksbundmitglieder und an das evangelische Kirchenvolk, in der es u. a. heißt:

Die nationale Erhebung, die von einer starken Wandlung auch auf weltanschaulichem Gebiet begleitet ist, stellt den Volksbund vor neue Fragen und Aufgaben. Der bisherige öffentliche Kampf gegen die Feinde des christlichen Glaubens und der christlichen Sittlichkeit ist durch das Verbot der Gottesdienstbewegung und die gesetzliche Verdrängung von allerlei zerfallenden Strömungen im Volks- und Familienweithin entbehrlich geworden. Dafür kann der Volksbund sich nun anderen großen Aufgaben zuwenden. Im Zusammenhang mit der nationalen Erhebung ist in unserem Volk eine neue tiefe Sehnsucht nach Erneuerung aus den Kraftquellen der Ewigkeit und nach innerer Gemeinschaft erwacht. Wir haben diese Sehnsucht vom Evangelium her zu erfüllen.

Durch die politische Ausschaltung des Marxismus sind große Teile unserer Volksgenossen, die jahrzehntelang der christlichen Botschaft ablehnend gegenüberstanden oder gar

über die Felder und Wiesen, die in hellen Morgenstunden getaucht dalagen. Erst als sie die Bororte erreicht, zwang sie sich, ein freundliches Wort an den alten Diener und die kleine Jungfer zu richten, deren Rütznahme sie höchst überflüssig fand. Das lange Schweigen hatte das muntere, junge Ding schon bedrückt.

„Nun, Marie, freuen Sie sich auf Marienbad?“ fragte Bera und lächelte das hübsche Mädchen an, das strahlend nidte.

„Und wie, gnädige Frau! Da soll es ja herrlich sein, und die vielen eleganten Menschen... Ich hab' gna' Frau schönste Sachen alle eingepackt; sie wird sie dort brauchen! Und dreimal am Tage ist Kurkonzert; das kann man sogar vom Hotel aus hören. Und wunderbare Geschäfte soll es geben, wo man für wenig Geld die herrlichsten Sachen kaufen kann.“

„So? Na, da werden wir es wohl aushalten können“, meinte Bera gezwungen heiter zu dem Alten gewandt. Der aber erwiderte ihr Lächeln nicht. Streng und ernst schaute das faltige Bedientengesicht sie an.

„Was gibt es, Werner?“ fragte sie erstaunt.

„Ich meine, gnädige Frau hätten jetzt nicht so weit fortziehen sollen, wo der gnädige Herr in Gefahr ist!“ brach es vorwurfsvoll aus ihm hervor. „Gnädige Frau wollen verzeihen; aber — das mußte ich sagen!“

Die Lippen der Frau öffneten sich leicht in grenzenlosem Staunen. „Was sagen Sie da, Werner? Mein Mann in Gefahr? So sprechen Sie doch!“ Sie schnellte vor, packte den Alten am Mantelausschlag. „Welche Gefahr droht ihm?“

„Ja — wissen gnä' Frau denn nicht, daß Unruhen auf den Werken ausgebrochen sind, daß es schon Schlägereien gab, daß sie streiken wollen? Daß heute früh um vier Uhr, der Werkführer Richter kam, um den gnädigen Herrn zu bitten, fortzugehen, weil die neuen Arbeiter, die wüsten Kerle, gedroht haben, ihren Willen mit Gewalt durch...“

„Fortsetzung folgt.“



Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)
67. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Steinherr bemerkte die Schwermut, die sich wie ein trüber Schleier über Berras Wesen senkte, und schob sie auf den Frühling.

„Es wäre gut, wenn du mal ein paar Wochen fortkämfst, andere Luft atmest“, meinte er eines Tages beim Abendessen, als ihre Mattigkeit ihm besonders auffiel. „Wie wäre es mit einer Kur in Marienbad? Es ist sehr schön dort.“

Die dunklen Augen schweiften an ihm vorüber zum offenen Balkon, auf dessen Brüstung eine Anjel saß und ihre süße, herzbewegende Weise in den sinkenden Tag hinausstötete. „Wenn du es für gut hältst...“ Sie wollte liebenswürdig sein; aber es klang nur müde.

„Doch, ich glaube, es täte dir ganz gut. Hollenbachs fahren morgen nach Berlin, da könntest du eigentlich gleich mitfahren, wenn es dir paßt. Die wären glücklich, dich ein bißchen zu betreuen“, fügte er, schnell nachdenkend, hinzu. Heute früh war es zu einer offenen Schlägerei auf dem großen Borhof des Werks gekommen. Wer weiß, was geschah... Die nächsten Tage gibt es nämlich so viel zu tun, daß ich mich dir leider wenig widmen kann, da könntest du gerade so gut mit Hollenbachs reisen.“

„Ja, gewiß, wie du meinst!“ Bleischwer lag es der Frau auf dem Herzen; Magnus bedurfte ihrer nicht, ja, er schien geradezu erleichtert, daß sie einwilligte in die sofortige Abreise. Mit größter Mühe zwang sich Bera, die süße Speise fertig zu essen, das Glas Rotwein zu trinken,

das Band mit der Kirche zerschneiden haben, innerlich erschüttert und heimatlos geworden. Zugleich sind sie aber auch von dem Druck einer weltanschaulichen Vergewaltigung befreit worden. Wir haben zu hoffen, daß sie den Weg zum Evangelium und zur evangelischen Kirche wieder finden, und daß eine wahre Volksgemeinschaft entsteht.

Um sein Werk erfüllen zu können, muß der Volksbund seine Organisation so ändern, daß er seine Kräfte möglichst geschlossen einsetzen kann. Dazu ist eine wesentlich stärkere Eingliederung des Volksbunds in die Kirche notwendig. Die Unterstellung des Volksbunds unter den Führer der Kirche, wie sie jetzt angebahnt ist, soll auch fernerhin bleiben. Diese „Verkürzung“ soll aber nicht zu einer Einschränkung oder gar Ausschaltung der freiwilligen Volontararbeit führen, sondern sie im Gegenteil stärken.

Stuttgart, 11. Juni.

Kommissar für den Württ. Krankenkassenverband. Der Reichsarbeitsminister hat auf Vorschlag des Reichskommissars für die Krankenkassen in Württemberg, Reg.-Rat Dr. Müller, den Gaudetriebszellenleiter der RSDAP, Stadtrat Schulz, beauftragt, die Geschäfte des Württ. Krankenkassenverbandes und der Arbeitsgemeinschaft der Württ. Krankenkassenverbände in Stuttgart bis auf weiteres zu führen und zugleich die Aufgaben der Organe dieses Verbandes und der Arbeitsgemeinschaft zu übernehmen. Stadtrat Schulz hat am 9. d. M. die Geschäfte des Verbandes übernommen und den bisherigen Geschäftsführer, Verwaltungsdirektor Ewert, bis auf weiteres von seinen Dienstgeschäften beurlaubt. Zum kommissarischen Geschäftsführer hat Stadtrat Schulz Rechnungsrat Munder vom Württ. Obergewerkschaftsamt bestellt.

Beurlaubung bei den Ortskrankenkassen Stuttgart. Der Reichskommissar für die Krankenkassen in Württemberg, Reg.-Rat Dr. Müller, hat den bisherigen Geschäftsführer der Allgemeinen und Besonderen Ortskrankenkasse Stuttgart, Verwaltungsdirektor Dr. Siegrist, mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres von seinen Dienstgeschäften beurlaubt. Als kommissarischen Geschäftsführer für diese Kassen hat der Reichskommissar den Kassenrechnungsrat Kaufmann bei den Ortskrankenkassen Stuttgart bestellt.

ep. Am den Reichsbischof. Kürzlich sprach in einem vom Stuttgarter Stadtausschuß des Gesamt-Volksbunds veranstalteten Vortrag Prof. Dr. Fezer-Tübingen über die Vorgänge, die zur Wahl Bodelschwinghs zum Reichsbischof führten. Da Prof. Fezer als Vertreter aller theologischen Fakultäten und als führendes Mitglied der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ an den Verhandlungen in Berlin teilnahm, war er der berufene Mann, um über die einzelnen Vorgänge klar berichten zu können. Zunächst behandelte er die Frage, welches die durch die Stunde der evangelischen Kirche gestellte Aufgabe ist. Handelt es sich dabei um eine Gleichschaltung der Kirche mit dem Staat? Ja und nein. Nein, wenn damit gemeint wäre, daß der Staat zum Herrn der Kirche werden soll. Solche Gleichschaltung müßte der Christ ablehnen. Besteht aber nicht die Möglichkeit, daß beide, Staat und Kirche, sich einem Größeren unterwerfen, daß beide je mit ihren Mitteln dazu helfen, damit Gottes Wille Wirklichkeit werde? Das ist nur möglich, wenn der Staat wie heute einen geschlossenen, im Führer wirklich gewordenen Willen hat. Die Aufgabe der Kirche ist jetzt, neben dem Staat einen Willen zu setzen, der zusammen mit dem Staat gehen kann. Die letzte Aufgabe heißt: „Im Ernst, der Gott gebietet sein will, den Weg der deutschen evangelischen Kirche suchen, die den Dienst tun kann, daß das Volk das Evangelium hat für seinen beispiellos schweren Kampf“.

Vom Landesauschuß für Jugendpflege. Wie das Deutsche Volksblatt hört, ist an die Stelle von Ministerialrat Dr. Böfller, der bisher Vorsitzender des Landesauschusses war, Obergerichtsrat Dr. D. im Kultministerium getreten.

Große Schülerversammlung der Hitlerjugend. Die Schülerversammlung der Stuttgarter Hitlerjugend im Festsaal der Biederhalle hatte einen Massenbesuch aufzuweisen, der deutlich zeigte, in welcher umfassenden Maße die deutsche Schülerjugend heute vom Nationalsozialismus erfasst ist. Die Gruppen des D.M. und der H.J. rückten geschlossen mit Gesang an. Unter den Klängen von „Preußens Gloria“ marschierte die Hitlerjugend, an der Spitze die Fahngruppen, ein. Gebietsführer Wacha, Untergruppenführer Brobeck und Schulgruppenleiter Bösebeck hielten mit stürmischem Beifall aufgenommene Ansprachen.

ep. Württembergische Landesmissionskonferenz. In Stuttgart fand bei gutem Besuch aus den verschiedensten Landesteilen während der ersten Hälfte der Pfingstwoche die jährliche Landesmissionskonferenz statt. Sie betonte den festen Willen der Missionseitung wie der württembergischen Missionsfreunde, das der deutschen Christenheit aufzutragende weltweite Werk fortzuführen.

Gautag der Wirte Württembergs. Der Gau 13 Württemberg-Hohenzollern im Reichsverband des Deutschen Gaststättenwesens, wie jetzt der Verband der Wirte Württembergs heißt, hält am 14. Juni im Konzertsaal der Biederhalle seinen 1. Gautag ab. Der Reichsverbandesdirektor Denecke-Berlin wird dabei über Wesen, Zweck und Ziel des Einheitsverbandes sprechen.

Großes Rassehundetreffen in Ulm am 9. Juli. Die Leitung des Bundes württ. kynolog. Vereine hat beschlossen, die diesjährige Landesausstellung für Hunde aller Rassen am 9. Juli in Ulm in der Mag.-Euth.-Halle abzuhalten. Der Bund württ. kynolog. Vereine setzt Preise in Höhe von über 6000 M. aus. Die allgemeine Leitung liegt in den Händen des Bundes württ. kynolog. Vereine Stuttgart, Geschäftsstelle Urbanstraße 45, Fernspr. 289 19, während die technische Leitung dem Verein Hundesport Ulm, Herrn Fr. Haist, zur Wilhelmshöhe, Ulm, Fernspr. 2187 übertragen ist. Der Meldeeschluß für die Annahme der Hunde ist auf 30. Juni festgesetzt.

Aus dem Lande

Chlingen, 11. Juni. Ueberreichung der Ehrenbürgerurkunde an den Reichsstadthalter. Am Freitag wurde Reichsstadthalter Murr, der von hier gebürtig ist, durch eine Abordnung des Gemeinderats und des kommissarischen Bürgermeisters Dr. Kläber die Ehrenbürgerurkunde der Stadt Chlingen überreicht. Reichsstadthalter Murr gab seiner Freude über die Ehrung seiner Vaterstadt Ausdruck.

Heidenheim, 11. Juni. Ergebnis der Prüfung der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Bei der vom Reichskommissar für die Krankenkassen Württemberg, Reg.-Rat Dr. Müller, veranstalteten Prüfung der Geschäfts-

und Rechnungsführung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Heidenheim haben sich eine Reihe von Mängeln ergeben. Die Kasse wird in sachlicher und persönlicher Hinsicht durch den Kommissar von Grund aus neu organisiert werden, soweit dies inzwischen nicht schon geschehen ist.

Feuerbach, 11. Juni. Zu Tode gestürzt. In einem Hause der Adolf-Hitler-Straße stürzte bei der Rückkehr von der Nachtschicht ein 53 J. a. verheirateter Mann die Treppe herunter. Er ist bald seinen schweren Verletzungen erlegen.

Omünd, 11. Juni. Hitler — Hugenberg. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Wider sprach hier über die gegenwärtige Lage und berührte dabei auch das Verhältnis Hitler — Hugenberg. Mit begeisterten Worten rühmte er die außerordentliche staatsmännische Begabung des Kanzlers, der die großen Fähigkeiten Hugensbergs auf wirtschaftlichem Gebiet erkannt und von den Maßnahmen und Neuerungen seines Wirtschaftsministers vollumfänglich bedingt sei. Um so mehr müsse es enttäuschen, wenn im Pagar der RSDAP von unten herauf Kräfte am Werk seien, die Hugenberg von Hitlers Seite verdrängen wollen. Wenn der Führer auf diese Manöver nicht eingehe, so beweiße das, daß sie nicht in seinem Sinne seien.

Chingen, 11. Juni. Vom Reiterstein. Am 15. und 16. Juli findet hier das 2. Württ. Landes-Reit- und Fahrturnier statt. Die Vorbereitungen hierzu sind bereits in vollem Gang.

Schwenningen, 11. Juni. Den Vater im Streit erschonen. Am Freitagabend kam es in der Wohnung des 58 J. a. Del- und Fethändlers Johs. Fahrner zwischen diesem und seinem ledigen 29 J. a. Sohn Friedrich wie schon öfters zu Streitigkeiten. Dabei brachte der Sohn dem Vater sechs Stiche bei, wovon einer ins Herz traf, was den sofortigen Tod des Mannes herbeiführte. Der sofort festgenommene Friedrich Fahrner wurde gefesselt in die hiesige Gefängniszelle gebracht. Es scheinen Anzeichen dafür vorhanden zu sein, daß er in einem Anfall geistiger Umnachtung gehandelt hat.

Sinningen M. G. Leupheim, 11. Juni. Gestochen. Der geistig beschränkte 38 J. a. Eugen Bang brachte im Verlauf eines Streits seinem jüngeren verheirateten Bruder einen Messerstich in den Rücken bei, wobei großer Blutverlust entstand.

Altheim M. Chingen, 11. Juni. Von einer Schlange gebissen. Vor einigen Tagen wurde ein 11jähriger Knabe im Walde von einer Schlange gebissen. Der sofort herbeigerufene Arzt nahm den Knaben mit nach Chingen, wo die Wunde geschnitten wurde.

Biberach, 11. Juni. Scharfe Munition auf dem Schuttplatz. Laut Polizeibericht wurde in den letzten Monaten verschiedentlich scharfe Munition auf den hiesigen Schuttablagereisen aufgefunden.

Leutkirch, 11. Juni. Firmung. Im benachbarten Kifflegg spendete am Freitag Bischof Dr. Spröhl etwa 600 Firmlingen aus den Gemeinden Waltershofen, Merzhofen, Entenhausen, Zinnenried, Leupolz, Karjee und Kifflegg das Sakrament der Firmung.

Friedrichshafen, 11. Juni. Die Schiffe nach Oesterreich fahren leer. Da die meisten Schiffe des gegenwärtigen Sommerlaufes infolge der Ausreiseperrre nach Oesterreich zwischen Lindau und Bregenz so gut wie leer fahren und daher diese Fahrten eine nutzlose Vermeidung an Fahrtleistungen bedeuten, ist Schriftleiter Max Koch-Ravensburg bei der Reichsbahndirektion Stuttgart deshalb vorstellig geworden und hat angeregt, wenigstens die sämtlichen lokalen Schiffsstürke zwischen beiden Städten alsbald einzustellen. Aus den dadurch erzielten Ersparnissen an Schiffskilometern sollen im Winter weitere Schiffsstürke von Friedrichshafen nach Konstanz gefahren werden.

Thalheim in Hohens., 11. Juni. Landwirtschaftliches Anwesen abgebrannt. Donnerstag vormittag entstand bei Landwirt Paul Rudolf ein Brand, der in kurzer Zeit Wohnhaus mit Scheuer und Stall vollständig vernichtete. Nur mit knapper Not konnte das Vieh gerettet werden. Die Fahrnisse, ein Teil des Inventars und etwa 30 Zentner Stroh sind mitverbrannt. Der Gebäudeschaden beläuft sich auf etwa 9000 RM., der übrige Brandschaden auf etwa 3000 RM.

Lokales.

Wildbad, 12. Juni 1933.

Kurttheater. Am Mittwoch werden „Die Drei Dorfheiligen“, ein überaus lustiger Bauernschwank in 3 Akten von Max Neal und Max Ferner aufgeführt. Am es gleich vorweg zu sagen, der erfolgreichste Bauernschwank der letzten Jahre. Es handelt sich da um drei sonderbare „Heilige“! Die Verfasser dieses Stückes greifen nach Goethes Rezept, frisch hinein ins volle Menschenleben und darum ist, was sie paden interessant. Den Teig zu diesem köstlichen Schwarzbrot, wie man den Schwank bezeichnen kann, könnte ebenso Ludwig Thoma geknetet haben, und herausgebacken hat ihn die bekannte Münchner Schwankfirma Neal und Ferner. Ein Stück voll urwüchsigem bayerischem Humor, bei dem das Publikum aus dem Lachen kaum heraus kommt.

Vom Turnverein. Die auf gestern angelegt gewesene Veranstaltung des Turnvereins Wildbad mußte infolge des schlechten Wetters verschoben werden. Sie findet nun am nächsten Sonntag, den 18. Juni statt. Auch ist Vorkehrung getroffen, daß bei schlechter Witterung (was wir nicht hoffen wollen) das auf dem Sportplatz vorgefehene Schau-turnen in der Turnhalle und zwar als Hallensportfest durchgeführt wird.

N. S. B. D. und den Gewerkschaften. So lautete ein Vortrag, der am Samstagabend vor vollbesetztem Saale im „Wildbader Hof“ gehalten wurde. Der Kreisbetriebszellenleiter der N. S. B. D., Hermann Treutle, begrüßte eingangs seines Vortrags die zahlreich Erschienenen und gab seiner Freude über das rege Interesse in beredeten Worten Ausdruck. Er verlas sodann die Richtlinien und Grundgedanken über die neue Arbeitsfront, die der Führer derselben, Dr. Lep, niedergeschrieben und im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht hat. Im Anschluß hieran beleuchtete der Vortragende das Verhältnis zwischen N. S. B. D. und den Gewerkschaften. Die N. S. B. D. bildet die Kerngruppe der Gewerkschaften; aus ihr gehen die Führer hervor, die in organisch aufgebauten Schulen zu ihren zukünftigen Aufgaben geschult werden. In die N. S. B. D. wird niemand mehr aufgenommen, sie ist und bleibt geschlossen. Ihr Nachwuchs rekrutiert sich nur noch aus der Hitler-Jugend. Die bisher aus mehr als hundert bestehenden Gewerkschaftsverbänden verschiedener konfessioneller und politischer Richtungen, wurden zusammengelegt, so daß jetzt nur noch fünfzehn Gewerkschaftsgruppen bestehen. Durch diese Maßnahmen wird an Verwaltungskosten gespart, wodurch die Beiträge gesenkt und die

Leistungen erhöht werden. Der Referent forderte die Arbeitnehmer auf, die noch keiner Gewerkschaft angehören, ihrer Gewerkschaftsgruppe sofort beizutreten, da in kurzer Zeit die Zwangsorganisation folgen wird. Diejenigen, die aus irgend einem Grunde in der letzten Zeit aus ihrer Gewerkschaft austraten, haben bis zum 15. Juni Zeit, wieder beizutreten, um ihre alten Rechte zu erhalten. Nach diesem Zeitpunkt sind diese erloschen. Mit einem „Sieg-Heil“, das von den Versammelten freudig aufgenommen wurde, schloß der Referent seinen interessanten Vortrag. Anfragen, die aus der Mitte der Versammlung gestellt und von Herrn Treutle beantwortet wurden, beendeten den lehrreichen Abend. L.

Mühlacker. Am 7. Juni tagte hier der Ausschuß des Wärm- und Enggawerksverbandes. Der Geschäftsführer berichtete über die gegenwärtige Lage des Fremdenverkehrs und die Tätigkeit des Verbandes seit der letzten Sitzung. Er betonte hauptsächlich die Notwendigkeit, Fremdenverkehr aus dem Ausland nach Deutschland, besonders auch in unser Verbandsgebiet hereinzubekommen. Unser württ.-bädisches Verbandsgebiet muß noch mehr als bisher zu aktiver Werbung übergehen. Alle Werbemittel, die in Fülle vorhanden sind, sind reiflos auszunutzen. Solche Werbemittel sind insbesondere die geologischen und historischen Merkwürdigkeiten und Sehenswürdigkeiten, Wasser- und Angelgelegenheiten usw. — Das neue Verkehrs-buch ist in Vorbereitung; es wird ein ausgezeichnetes, zugkräftiges Werbebüchlein werden. — Mit der dringend nötigen Neubearbeitung der Verbandsfahung wurde der Geschäftsführer beauftragt. Der Verbandstag 1933 findet am 12. Juli in Birkensfeld statt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

ep. Zwei Schüler des Melanchthon-Gymnasiums Nürnberg Landesbischöfe. Am Trinitatissonntag konnte die bayerische Landeskirche in der Person von D. Meiser ihren ersten Landesbischof in sein Amt einsetzen; am gleichen Tag erhielt die evangelische Kirche Hamburgs ihren ersten Bischof, und zwar in der Person des bisherigen Hauptpastors D. Dr. S. Schöffel. Eine merkwürdige Schicksalsfügung ist es, daß beide Männer Söhne der Stadt Nürnberg sind und daß sie beide im Jahr 1899 das Melanchthon-Gymnasium da-selbst absolvierten.

Gründung des Reichsverbandes Deutscher Schriftsteller. Zur Schaffung eines alle deutschen Schriftsteller zusammenfassenden Verbands, der die bisherige Spaltung in verschiedene Berufsvereine überbrücken soll, ist der Reichsverband Deutscher Schriftsteller gegründet worden.

Festgenommene Bankiers. Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete die beiden Inhaber Küster und Ehrenberg des Bankgeschäfts Bergmann u. Friedrich Nachfolger, deren Depotunterschlagungen größeren Ausmaßes sowie Betrug, Bilanzverschleierung und Konkursverbrechen zur Last gelegt werden.

Auf der Flucht erschossen. Ein Kommunist in Essen, der wegen Erziehung eines SA-Mannes verurteilt worden war, ist bei einem Fluchtversuch erschossen worden. — Ebenfalls wurde in der Nähe von Braunschweig ein Fahrraddieb auf der Flucht erschossen.

Todessturz auf der Kadrennbahn. Am Samstagabend stürzte auf der hallischen Kadrennbahn im Einlauf um den Großen mitteldeutschen Steherpreis der Radwuhlfahrer Pawlak-Fortz so schwer, daß er in der Nacht zum Sonntag seinen Verletzungen erlag.

Allfliche Dienstaachrichten

Verfehlt: Im Bereich der Reichsbahndirektion Stuttgart der Bahnhofinspektor Wolf in Rottweil (Bahnhof) nach Ulm (Bahnhof).

In den Ruhestand verfehlt: Gewerkschaftsleiter Fischer in Chlingen; Hausverwalter Joller bei der Naturallensammlung Stuttgart.

Der Sport am Wochenende

Am die Deutsche Meisterschaft: Scholle 01 — Fortuna Düsseldorf 0:3.

Auffstiegsspiele, Gruppe Württemberg: SpBg. Tammstadt — Spofr. Stuttgart 0:3; SpB. Reutlingen — SpB. Wimpfen 2:3; SpB. Heilbronn — SpB. Cutingen 2:2.

Privatspiele: SpB. Frankfurt — SpB. Nürnberg 0:2; Kickers Wesslinghausen — SpBa. Färch 0:5.

Am den Bezirks-Pokal: Gruppe Württemberg (Endspiel): Sp. Riefen — Sp. Zuffenhausen 0:3.

Württembergische Staatstheater

Theater in den Anlagen in Stuttgart

Zum erstmalig seit Besehen der beiden herrlichen Theaterbauten in den prachtvollen Anlagen will man die Schönheiten dieses Platzes vor dem Theater dem natur- und kunstbegeisterten Publikum durch Freilichtaufführungen ganz erschließen. Schon in wenigen Wochen sollen die ersten Opern-Freilichtaufführungen vor der Fassade des Großen Hauses stattfinden. Der Platz zwischen den Treppen und dem Anlagensee wird an den Zugangswegen abgeplant und mit einem leicht amphitheatralisch anstehenden Podium bedeckt, das 1400 Sitzplätze erhält. Diese Zahl, die an sich erheblich vergrößert werden könnte, ist gewählt worden, weil bei dem Fassungsvermögen des Großen Hauses entspricht. So ist bei plötzlich eintretender schlechter Witterung jederzeit die Möglichkeit gegeben, die Vorstellung im Großen Haus fortzuführen.

Gedacht ist zunächst an die Aufführungen von Kluge, Carmen, Sizilianische Bauernreue und Balazzo, kurz alle Stücke, deren Fassungsvermögen sich in der Freilichtszenerie besonders wirksam abwickeln.

Handel und Verkehr

Die Weinberge brauchen Wärme

Ueber den Stand der Weinberge berichtet „Der Weinbau“, das Organ des Württ. Weinbauvereins: „Nun läßt sich nach, falls dem Bauern Scheuer und Hof.“ Wenn es nach der Wetterregel geht, brauchen wir uns über den vergangenen Monat nicht zu beklagen, zumal er völlig frostfrei verlief. Feuchtigkeit brachte er in reichlicher Menge; die Nächte waren andauernd kühl; in der zweiten Monatshälfte taten einige sonnerlich warme Tage dem auf den Aprilsohn hin zögernd einsetzenden Austrieb der Reben gut. Die Begrünung der Weinberge war nach Ende Mai sehr ungleichmäßig. Der Gesehmeinseh ist vielfach glücklicherweise nicht übermäßig, etwas dürrig. Ein warmer Juni ist nun dringlich nötig. Unter dem Einfluß der langsam an Triebentwicklung kommenden verschiedenen tierische Schädlinge, die man sonst weniger beachtete, ihr Unwesen treiben. Widerwärtig sind zur Zeit die schmerzhaften Schildlauskolonien; es rächt sich, daß die Insek-

